

An die Stadtverordnetenvorsteherin
der Stadt Raunheim
Am Stadtzentrum 1
65479 Raunheim



Fraktionsvorsitzender:
Giorgio Nasseh

Stellvertreter*innen:
Fatih Güler
Hans-Joachim Hartmann

Kontakt:
Giorgio.nasseh@gmail.com

Datum:
30.09.2026

Online:
www.raunheimer-spd.de
www.facebook.de/SPDRaunheim
www.instagram.com/Raunheimer_SPD

Änderungsantrag der SPD/FDP Fraktion zur Drucksache 2026-111

Informationsveranstaltungen des Ausländerbeirats zu Einbürgerung und Aufenthaltsrecht

Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin,

die SPD/FDP Fraktion beantragt, den Beschlussvorschlag der Drucksache 2026-111 (Antrag des Ausländerbeirats zur Einrichtung einer Mobilen Ausländerbehörde) wie folgt zu fassen:

Beschlussvorschlag

1. Der Ausländerbeirat der Stadt Raunheim wird ermächtigt und gebeten, regelmäßig, mindestens einmal jährlich, Informationsveranstaltungen zu wichtigen aufenthaltsrechtlichen Fragen durchzuführen, insbesondere zu Einbürgerung, Aufenthaltstiteln, Arbeitserlaubnissen, Familiennachzug und zur Anerkennung ausländischer Abschlüsse.
2. Der Magistrat wird beauftragt, den Ausländerbeirat dabei organisatorisch zu unterstützen, insbesondere durch die kostenfreie Bereitstellung städtischer Räume, Unterstützung bei der Öffentlichkeitsarbeit und die Übernahme der Sachkosten aus dem Budget des Ausländerbeirats.
3. Der Magistrat wird beauftragt, die Ausländerbehörde des Kreises Groß-Gerau, die Migrationsberatung sowie die Integrationsbeauftragten von Stadt und Kreis als Referentinnen und Referenten für diese Veranstaltungen anzufragen.
4. Die erste Veranstaltung soll im ersten Halbjahr 2027 stattfinden.

Begründung

Der Ausländerbeirat beschreibt das Problem zutreffend: lange Wartezeiten, weite Wege und unvollständige Anträge, die zu immer neuen Folgeterminen führen, belasten viele Raunheimerinnen und Raunheimer und bremsen Beschäftigung aus. Die SPD/FDP Fraktion teilt diese Analyse ohne Einschränkung.

NAH BEI DIE RAUNHEIMER LEUT.

2026-203

Die vorgeschlagene Lösung eines regelmäßigen Sprechtags der Kreisausländerbehörde in Raunheim halten wir jedoch für nicht realistisch. Die Ausländerbehörde des Kreises arbeitet mit zentral geführten Akten, gesicherten Fachverfahren und knappem Personal. Ein dezentraler Sprechtag würde die ohnehin begrenzten Kapazitäten weiter verteilen, ohne dass die Behörde vor Ort abschließend entscheiden könnte. Der Beschluss würde die Stadt in ein Abstimmungsverfahren mit dem Kreis schicken, dessen Ausgang absehbar ist. Damit wäre den Betroffenen nicht geholfen.

Deutlich wirksamer ist es, an der Ursache anzusetzen. Ein großer Teil der Folgetermine entsteht, weil Unterlagen fehlen oder Voraussetzungen unklar sind. Genau hier setzen Informationsveranstaltungen an: wer vorab weiß, welche Nachweise für eine Einbürgerung oder die Verlängerung eines Aufenthaltstitels erforderlich sind, stellt einen vollständigen Antrag und braucht weniger Termine. Das entlastet die Bürgerinnen und Bürger ebenso wie die Kreisverwaltung.

Der Ausländerbeirat ist das richtige Gremium, um diese Veranstaltungen zu tragen. Er kennt die Fragen und die Sprachen der Menschen, um die es geht, und hat bereits gute Kontakte zu Vereinen und Religionsgemeinschaften. Mit dem Rückhalt der Stadtverordnetenversammlung und der organisatorischen Unterstützung des Magistrats kann er schnell und ohne großen Aufwand ein Angebot schaffen, das in Raunheim tatsächlich ankommt.

Mit freundlichen Grüßen



Giorgio Nasseh
Fraktionsvorsitzender

NAH BEI DIE RAUNHEIMER LEUT.